

Japan am Scheideweg

Dr. Wolfgang Lechner, geb. 1945 in Marienbad, Studium der Industrie- und Organisationssoziologie, Volkswirtschaft und Philosophie in Tübingen und Frankfurt, war in der Zeit von 1973 bis 1976 Sekretär der Gewerkschaftsgruppe bei der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel und ist seitdem im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB (WSI) für Fragen internationaler Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik zuständig. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Fragen der Arbeitsbeziehungen in Japan.

Länger als jedes andere Land schien Japan von den vielfältigen Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Gesellschaftskrise verschont zu bleiben. Nicht nur die wirtschaftlichen Vergleichsgrößen, wie die statistisch ausgewiesene niedrige Arbeitslosenrate, die hohe Investitionsneigung, der rasche technische Fortschritt vor allem in Spitzenbereichen der Mikroelektronik, eine hohe Preisstabilität und ein im Vergleich noch hohes Wirtschaftswachstum, machten bis Mitte der achtziger Jahre Japan zum beneideten Beispiel ungebrochenen kapitalistischen Aufschwungs. Mindestens so wichtig wie dieser ökonomische Erfolg und vielleicht weltweit noch mehr bewundert wurde die vermeintliche parallele gesellschaftliche Stabilität des Landes. Japan schien verschont zu bleiben vom Trend zur Zwei-Drittel-Gesellschaft; der soziale Zusammenhalt schien stabil. Innovationen im Kernbereich der Erwerbsarbeit wie Qualitätszirkel, lebenslanges Lernen beziehungsweise ständige Weiterbildung wurden sogar Exportschlager. Die politische Stabilität wurde von der seit 1948 allein regierenden liberaldemokratischen Partei garantiert und selbst noch die Esoterik japanischer Kunst setzte neue internationale Maßstäbe.

Diese gegen den Trend laufende japanspezifische Entwicklung war um so erstaunlicher, wenn man die Handicaps bedenkt, denen Japan historisch, ökonomisch und kulturell ausgesetzt war und ist. Als industrieller Spätentwickler mußte es sich auf schon kolonial vergebenen Märkten bewähren und sich ständig mit der protektionistischen Drohung der entwickelten Industrieländer auseinandersetzen. Es mußte sich bereits hochentwickelte Märkte in USA und Europa erschließen und sich zugleich einen ökonomischen Schutzschild im asiatisch-pazifischen Raum aufbauen. Es mußte seine kulturelle und künstlerisch-ästhetische Identität gegen die dominierende konformistisch-weltumspannende Medienzivilisation des Westens behaupten.

Daß unter solch schwierigen Umständen die Entwicklung des Landes zu einer führenden Industrie- und Kulturnation gelang, hat mehrere Ursachen. Eine große Rolle spielten dabei kulturelle Faktoren, wie die im Unterschied zu anderen nichtwestlichen Zivilisationen kolonial ungebrochene Identität des

japanischen Volkes, seine traditionell hochentwickelte Anpassungsfähigkeit von als nützlich erkannten fremden Einflüssen in allen Lebensbereichen und seine uralte und sehr tief verwurzelte Überzeugung eines „Göttlichen Auserwähltseins“. In der konkreten geschichtlichen Situation nach dem Zweiten Weltkrieg kamen politisch-ökonomische Gründe hinzu. Die erste Weltmacht USA baute Japan mit enormer wirtschaftlicher Unterstützung und Handelspräferenzen im Zuge des Kalten Krieges als pazifisches Bollwerk gegen die Sowjetunion, China und Nordkorea auf. Die verordnete parlamentarisch-repräsentative Demokratie mit ihrem Wirtschaftsliberalismus wandte sich daher folgerichtig zunächst einmal nach innen, zerschlug die oppositionellen Kräfte in Parteien und Gewerkschaften und schuf einen stromlinienförmigen „Kapitalkorporatismus“. Alle relevanten gesellschaftlichen Kräfte gingen auf dieser Grundlage sehr erfolgreich daran, Zug um Zug die Weltmärkte auf der Grundlage einer branchenkonzentrierten Strukturpolitik zu erobern.

Diese Zusammenführung aller gesellschaftlichen Kräfte zum Zweck der Restaurierung verlorener nationaler Macht wurde allerdings nicht als relativ kurze historische Phase begriffen und kalkuliert, sondern als ein japatypisches Wirtschafts- und Sozialmodell sowohl von einheimischen wie auch westlichen Autoren fortgeschrieben und mit dem Charisma überzeitlicher Volksmentalität geweiht. Die von der positiven und international abweichenden japanischen Entwicklung faszinierten, dabei durchaus wohlmeinenden in- und ausländischen Analytiker und Kommentatoren, erweisen jedoch Japan einen Bärendienst. Je einzigartiger der Verbund von kulturellem, wirtschaftlichem und sozialem Kapital geschildert und auch für die Zukunft als selbstverständlich unterstellt wird, desto schwieriger sind objektive Rückschläge und Einbrüche für die Japaner selbst zu verkraften und je größer ist die Gefahr, daß ihre Abwehr Irrationalitäten und unkontrollierbare politische Extremaus-schläge bewirkt. Heute - in einigen wichtigen Tendenzen auch schon gestern - stimmt der positive „Mythos Japan“ nicht mehr mit der empirisch vorliegenden Realität des Landes überein. Es zeigen sich deutliche Anzeichen einer Krise, die viel stärker als in dem konfliktproben und sachrationalen Westen für die japanische Gesellschaft zur Überlebensfrage des Nachkriegskonsenses werden könnten. Diese Krise äußert sich als nachhaltige Problematisierung der

- Wirtschaftswachstumsideologie,
- Arbeitsbeziehungs-ideologie,
- Kulturidentitätsideologie.

Seit Mitte der achtziger Jahre kommen nun diese drei Basisprinzipien gesellschaftlicher und subjektiver japanischer Identität immer stärker in die Krise. Auslösende Faktoren sind dabei zweifellos die erkennbare Wachstumsgrenze und die Schwierigkeiten der japanischen Wirtschaft, von einem exportorientierten quantitativen auf ein binnenmarktorientiertes qualitatives Wachstum umzuschalten. Im Zuge dieses äußerst schmerzhaften Prozesses der

Entideologisierung und Enttabuisierung des Wachstumsfetischs geraten auch die wesentlichen Säulen japantypischer Arbeitsbeziehungen, wie Senioritätsprinzip, lebenslange Anstellungssicherheit und Betriebsgewerkschaftssystem, unter Druck. In einer dermaßen einseitig auf Erwerbsarbeit zugeschnittenen Gesellschaft wirkt sich dieses wiederum direkt soziokulturell aus. Wenn die japanische Arbeits- und Organisationskultur als struktureller Ausdruck des Kapitalkorporatismus in Frage gestellt wird, dann geht es nicht mehr nur um Probleme einer mehr oder minder starken Verwestlichung, sondern dann geht es tatsächlich um die größere und gefährlichere Dimension einer gesamtgesellschaftlichen Identitätskrise und um die Grenzen kulturell-innovativer Anpassungsfähigkeit. Es besteht die Gefahr einer nunmehr endgültigen Einbindung in die moderne weltweite Risikogesellschaft mit ihren Entfremdungs- und Vereinzlungsproblemen, ihrem nachhaltig gestörten Sinnzusammenhalt und ihren Nord-Süd- und Ost-West-Konfrontationen. Wie tief diese Krise Japan schon erfaßt hat und weiter zu erfassen droht, belegt eine Übersicht über Stand und Perspektiven der Entmystifizierung und der Umgestaltung der genannten Basisprinzipien japanischer Identität.

Probleme des Wachstums

Die drastische Aufwertung der japanischen Währung Mitte der achtziger Jahre hatte die strukturellen Probleme des Landes gleichsam schlaglichtartig deutlich werden lassen. Bereits in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 1986 (April bis September) ergab sich für die Industrieunternehmen im Durchschnitt bei einem Umsatzrückgang von knapp 10 Prozent eine Ertragsverschlechterung von annähernd 50 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Diese Tendenz setzt sich 1987 ungebrochen fort. Besonders betroffen sind die Stahlerzeugung, der Anlagen- und Schiffbau, Reedereien und Schifffahrtlinien und neuerdings auch Werkzeugmaschinen- und Automobilbau, das heißt die klassischen Kernbereiche der Industrie. Besonders schmerzlich ist der stark rückläufige Auftragseingang bei den japanischen Industriemaschinenherstellern von 20,4 Prozent im Kalenderjahr 1986 gegenüber dem Vorjahr, wobei die Auslandsaufträge sogar um 52,3 Prozent geschrumpft sind. Diese scharfe Exportreduktion deutet darauf hin, daß nicht nur die weltweit klassischen Krisenbranchen den japanischen Wachstumsfetisch entzaubern, sondern daß auch im Bereich technisch anspruchsvoller und zukunftsreicher Fabrikation mit Export- und damit Wachstumsverlusten gerechnet werden muß. Diese Befürchtung wird noch durch die Stagnation beziehungsweise den Rückgang der Anlagen- und Ausrüstungsinvestitionen bestätigt. Im Fiskaljahr 1987 wird die Stahlindustrie ihre Investitionen um 18,6 Prozent, die Kraftfahrzeugindustrie um 6,4 und die Elektro- und Elektronikbranche um 4,4 Prozent zurücknehmen. Aufgrund des nachlassenden Wachstums werden auch die Elektrizitätswerke ihre Investitionsausgaben um 1,9 Prozent zurückfahren und damit ihre Mehrausgaben 1986 - damals zum Zweck der Ankurbelung der Binnenkonjunktur - nach unten korrigieren.

Diese Wachstumseinbrüche haben für Japan nicht nur einen im Vergleich zum Westen wesentlich höheren ideologischen Stellenwert - der Glaube an Wachstum als Wohlstandsindikator und entscheidender Maßstab der nationalen Position im internationalen Wettbewerb ist in Japan noch weitgehend ungebrochen -, sondern sie treffen das Land auch unvorbereitet und aufgrund seiner einseitigen Exportstruktur und seiner mangelnden Binnennachfrage empfindlicher als die westlichen Länder, die auf jahrelange Erfahrungen im Strukturkrisenmanagement und große Binnenmärkte (USA, EG) zurückgreifen können. Auch ohne weitere protektionistische Maßnahmen und Absprachen des Auslandes und ohne Ölpreiserhöhungen rechnet die OECD für Japan 1987 nur noch mit einem Anstieg des Bruttosozialprodukts um 0,5 bis 1 Prozent, wobei immerhin schon eine Ausweitung des Binnenmarktes um 3,5 Prozent zugrundegelegt ist. Japan erfährt nun zum ersten Mal in seiner Nachkriegsgeschichte, auf welchen tönernen Füßen seine außenabhängige Wirtschaft steht, und wie riskant es ist, mit relativ schwachen Tarifparteien an der Einkommensfront (seit 1985 rückläufige Realeinkommen) zwar für eine kurzfristige Arbeitskostenentlastung zu sorgen, dafür aber die Chancen einer Belebung der Binnenkonjunktur abzuwürgen. Dies weist schon auf die epochalen Defizite und Umwälzungen auf dem Gebiet der Arbeits- und Sozialordnung hin.

Probleme der Arbeitsbeziehungen

Arbeitslosigkeit und Überalterung verändern das überkommene, auf vertrauensvoller Abhängigkeit und Harmonie beruhende System der Arbeitsbeziehungen entscheidend. Davon sind nicht mehr nur die Randarbeitnehmer, also vor allem Frauen, Ältere und in zunehmendem Maße auch Jugendliche in ungesicherten Teil- und Leiharbeitsjobs betroffen, sondern nun auch mehr und mehr die für sicher gehaltene Stammarbeitnehmerelite. Auf diese rund 20 bis 25 Prozent Arbeitnehmer in den Kernbereichen der Privatindustrie (exportabhängige Großbetriebe) bezogen sich die im Ausland gelobten und bewunderten, im Inland für alle zum erstrebenswerten arbeitsgesellschaftlichen Leitbild genormten Privilegien wie Senioritätslohn, lebenslange Anstellungssicherheit und konsensorientierte Betriebsgewerkschaften. Dies alles steht nun in Gefahr. Das Überschreiten der Dreiprozentschranke offiziell statistisch registrierter Arbeitslosigkeit entspricht nach westlichen Kriterien 7 bis 8 Prozent und ist seit Mitte der fünfziger Jahre nicht mehr erreicht worden. Großunternehmen mit starkem Stammarbeitnehmeranteil führen Massenentlassungen vor allem im Stahl-, Kohle- und Werftbereich durch, in der Unterhaltungselektronik, im Maschinen- und Kraftfahrzeugbau werden Produktionszweige und Fertigungen ins Ausland verlagert mit allen restriktiven Folgen für die einheimischen Beschäftigten wie rasche Zunahme der Arbeitszeitflexibilisierung bei Stammarbeitern (Überstunden und kürzere Arbeit) und bei Randarbeitnehmern (kapazitätsorientierte variable Arbeitszeiten, Teilzeit- und Leiharbeitsformen). Dazu kommen immer größere Arbeitsplatzverluste

in den Zulieferindustrien und Subkontraktunternehmen, da aufgrund der Yen-Aufwertung die ausländische Konkurrenz billiger wird.

Die angespannte Wirtschaftslage führt zudem zu einem Abbau des im Alter besonders teuren Senioritätslohns; das Einkommenmaximum eines Stammarbeitnehmers wird heute schon oft mit 40 bis 45 Jahren erreicht und entsprechend sinkt die beim Ausscheiden von 55 bis 60 Jahren vom Unternehmen bezahlte und sich nach dem letzten Lohn richtende Abfindungssumme. Die lebenslange Anstellung in einem Betrieb, eine wesentliche Voraussetzung für die Gruppenstabilität der japanischen Betriebsfamilie, wird nicht nur durch Arbeitslosigkeit sondern auch durch wachsende Fluktuation und der allmählichen Entstehung eines horizontalen Arbeitsmarkts für Jugendliche (Warteschleifen in der Hoffnung auf einen der knapp werdenden Stammarbeitnehmerplätze) und Ältere (Entlassungen infolge der Abspeckung der Betriebe) zunehmend zerstört. Die Beschäftigungsunsicherheit vor allem Älterer, seien es ehemalige Stammarbeitnehmer, im „regulären“ Alter von 55 bis 60 Jahren Entlassene oder die ohnehin ungesicherte Randarbeitnehmerschaft, ist in Japan besonders prekär, da erst mit 65 Jahren eine sehr bescheidene staatliche Rente gewährt wird und die Gefahr massiver Altersarmut zumal bei der raschen Überalterung der Bevölkerung absehbar ist. Von dieser Entwicklung sind auch die Gewerkschaften betroffen, da sie mit dem Rückgang der Stammarbeitnehmerschaft auch immer größere Teile ihrer Klientel verlieren. Aber auch die zunehmende Fluktuation und der Trend zur Auslagerung von gewerkschaftsintensiver Großfabrikation in Mittel- und Kleinbetriebe trifft die Betriebsgewerkschaften, da sie in diesen Bereichen mit starken Randarbeitnehmerschaften bisher kaum organisiert haben. Von 1978 bis 1987 ging die gewerkschaftliche Organisationsquote demzufolge von 34 auf 28 Prozent, mit neuerdings sogar beschleunigter Tendenz, zurück. Nun rächt sich die Fixierung auf die Stammarbeitnehmerschaft. Das zersplitterte, richtungs- und betriebsbezogene Gewerkschaftssystem scheint, von ersten Ansätzen zur Organisierung von Randarbeitnehmerschaften und zur Stärkung der Dachorganisationen abgesehen, nicht in der Lage, seine strukturellen Defizite zu überwinden und der Auflösung traditioneller Arbeitsbeziehungs-muster eine neue, eigene Solidarität der Arbeitnehmer entgegenzusetzen.

Probleme sozialer und kultureller Identität

Der Krisenschock in der Bevölkerung wird aber nicht nur durch die zunehmende Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Schwäche verursacht, sondern vielleicht noch nachhaltiger und das japanische Selbstbewußtsein noch erschütternder durch eine Reihe von Strukturschwächen der Gesellschaft, die in der Expansionsphase nicht beachtet wurden. Japan verfügt über kein den westlichen Industrieländern vergleichbares System der Absicherung bei Arbeitslosigkeit; die Maschen des sozialen Netzes sind sowohl bei der Gesundheits- wie Alterssicherung viel zu locker geknüpft; das Bildungs- und Erziehungssystem zielt auf maximale Leistung und vernachlässigt die Entwicklung

verantwortlicher Ethikmaßstäbe; und das Gesellschaftssystem ist so gut wie ausschließlich erwerbsarbeitsbezogen mit allen Nachteilen und Ungleichgewichten in den anderen gesellschaftlichen Subsystemen wie Ehe und Familie, private Freundschaften, Eigenarbeit und individuelle Freizeit- und Mußegestaltung. Ganz offensichtlich existiert in Japan eine große und sich erweiternde Kluft zwischen der vorherrschenden Erwerbsarbeitsorientierung und dem gesellschaftlichen Sicherungssystem, das mit dem raschen Zerfall der traditionellen Familienstruktur in kleine Kernfamilien - bei häufiger arbeitsgebundener Abwesenheit des Vaters oft auf eine Mutter-Kind-Beziehung reduziert - die in der Krise nötigen physischen und psychischen Unterstützungsleistungen nicht mehr erbringen kann. Die Empirie spricht dazu eine klare Sprache: Die Gewalt in Japans Schulen, vor allem zwischen den Schülern bis hin zu offenem Sadismus nimmt zu; nicht nur die arbeitsgestreuten Männer, sondern auch immer mehr Frauen und Kinder leiden unter Magengeschwüren, Herzschwächen und psychosomatische Krankheiten; es existiert ein offenbar weit verbreitetes, wenn auch offiziell kaschiertes Problem der Trunksucht alleinerziehender oder alleinstehender Frauen (die Frauendiskriminierung in Arbeit und Gesellschaft ist bedeutend höher als im Westen) und die Zahl der Selbstmorde stieg allein im Jahr 1986 um 8,2 Prozent auf nun 25 524. Allein bei den Jugendlichen bis 20 Jahre stieg die Selbstmordrate weit überdurchschnittlich um 44 Prozent, die der jungen Mädchen sogar um 77 Prozent an. Der Preis für die ökonomische Leistungskraft und die von den Japanern geradezu fasziniert beobachtete hohe Rangposition in der Weltwirtschaft wird auf sozialem und humanem Gebiet immer höher. Das japanische Modell einer harmonischen Verbindung von Tradition, Modernität und Arbeitskultur stößt in der Krise an Grenzen. Düstere Zukunftsperspektiven also?

Zukunftsperspektiven

Japan steht vor Grundsatzentscheidungen. Die Problemkonstellation ist klar. Strukturanpassungen aufgrund der Konkurrenz von Schwellenländern in den klassischen Industriebereichen und offener/verdeckter Protektionismus der konkurrierenden Weltregionen USA und Europa aufgrund des enormen Handelsbilanzüberschusses sowie der weltweite Wettlauf um die rationalisierungsintensiven neuen Techniken werden weitere gesellschaftliche Arbeitszeit überflüssig machen und das System der Arbeitsbeziehungen weiter verändern. Japan eröffnen sich in dieser Situation prinzipiell zwei Wege. Es kann versuchen, noch stärker als bisher auf den Wirtschaftserfolg durch rasche Einführung technischen Wandels, hohe Arbeitsdisziplin, soziale Genügsamkeit und Unterordnung des Individuums unter die Gruppenordnung zu setzen und damit eine noch engere Verklammerung von Tradition, nationaler Identität und Erwerbsarbeitszentrierung des gesellschaftlichen Lebens zu erreichen. Der Preis wäre eine totale Flexibilisierung der Arbeit nach Zahl, Aufgaben, Kosten- und Zeitbudget der Ware Arbeitskraft, eine noch stärkere Belastung des privaten Sicherungssystems Familie, ein weiter steigender Gruppendruck aus dem Arbeits- und Familiensystem auf die

Anpassungsfähigkeit des einzelnen und damit verbunden eine politische Rechtsentwicklung zu einem Ordnungsstaat nationaler Bunkermentalität.

Die Alternative fordert dagegen ein bewußtes und geplantes Umstellen von Ökonomie und Gesellschaft auf geringeres, aber binnenwirtschaftlich-infrastrukturelles Wachstum, die Lösung des Produktions-Produktivitäts-Scherenproblems durch allgemeine Arbeitszeitverkürzung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen (auch und gerade der Randarbeitnehmerschaft), eine Lockerung des Gruppendrucks und mehr innerlich motivierte Selbstverantwortung des einzelnen für die Gesamtgesellschaft und nicht nur für den eigenen Betrieb oder die eigene Betriebsfamilie und schließlich eine Aufwertung der intermediären gesellschaftlichen Gruppen wie Parteien, Gewerkschaften, Medien und Sozialeinrichtungen als wichtige Filter zwischen potentiell gefährlicher nationaler Überidentifikation und der dezentralen Gruppenisolation.

Natürlich spricht vieles dafür, daß der unter günstigen Nachkriegsbedingungen erfolgreiche Weg der Expansion und die damit verbundene normative Kraft des Faktischen der ersten Perspektive eine hohe Realisierungschance hat. Doch ist einerseits aufgrund der im Vergleich zum Westen besser entwickelten Struktur- und Planungspolitik und andererseits möglicherweise aufgrund der, auf westlichem Druck geförderten, staatlichen Einsicht in die langfristige Perspektivlosigkeit einer einfachen Verlängerung eines Entwicklungsweges bei völlig veränderten Rahmenbedingungen ein weiches, zeitlich gestrecktes Umschalten auf den zweiten Pfad nicht einfach auszuschließen. Nähme Japan diese Chance war, könnte es zum zweitenmal in seiner modernen Geschichte zu einem weltweiten Vorbild, nun für vernünftige, steuerbare, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung werden.